Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Verleger: Kurt Morawian, Nr. 151 90-151 97.

Donnerstag, den 31. Oktober 1918.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Verleger: Kurt Morawian, Nr. 151 90-151 97.

Oesterreich räumt Italien und Serbien.

Friedensaufruf der dänischen Gewerkschaften

Die gewerkschaftliche Internationale soll schnellstens zusammentreten.

Die Vertreter der dänischen Fachverbände haben in Kopenhagen eine Konferenz abgehalten und die Veröffentlichung des folgenden Friedensaufrufes beschlossen:

Die Zusammenkunft der sachlichen Vertreter der dänischen Arbeiterschaft, abgehalten am 28. und 29. Oktober 1918, begrüßt mit Befriedigung die neuen Versuche, die dieser Tage von neutraler Seite und mit besonderem Nachdruck seitens der organisierten Arbeiter in Frankreich und Deutschland gemacht wurden, um die Arbeiterschaft zu einer internationalen Aktion für den Frieden zu vereinigen. Die Zusammenkunft findet es indessen nicht zweckmäßig, die Festlegung von Zeit und Ort für den kommenden Weltfriedenskongress abzuwarten. Bis die Vertreter der organisierten Arbeiterschaft zur Erörterung ihrer allgemeinen Interessen beim Friedensschluß zusammentreten, muß es vielmehr die Aufgabe der Arbeiterklasse sein, den Friedensschluß zu befestigen und diesen nach den Linien geformt zu erhalten, die überall den Imperialismus stürzen und einen dauernden Frieden zwischen den Weltvölkern ermöglichen und garantieren. Die Zusammenkunft appelliert daher an die organisierten Arbeiter aller Länder und fordert sie auf, schnellstens die Hand zu reichen, um sich zu sammeln zum Kampfe gegen das fortgesetzte Verbrechen und gegen den Weltkrieg, der jetzt über vier Jahre gedauert und in dieser Zeit Sorge und Elend in Millionen von Familien der ganzen Welt gebracht hat und die europäische Kultur zu vernichten droht. Die Zusammenkunft wendet sich besonders an die sachliche Internationale mit der Aufforderung, baldmöglichst zusammenzutreten zu Vorbereitungen, die notwendig sind zur Wahrnehmung der Interessen der Arbeiterklasse bei dem kommenden Friedensschluß.

Die dänische Arbeiterschaft appelliert daher an die organisierten Arbeiter der ganzen Welt, sich an die alte Losung anzuschließen: Nieder mit dem Kriege, nieder mit dem Imperialismus! Es lebe die Solidarität unter den Arbeitern! Es lebe der Weltfrieden! Auf zum allgemeinen Kampf für die Durchführung des Sozialismus!

Die Sonderverhandlungen der Türkei.

Sofortiger Abschluß bevorstehend leichte Bedingungen.

Die Agentur Milli teilt, nach einer Konstantinopler Meldung vom Dienstag die offizielle Aufnahme der Sonderverhandlungen der Türkei mit der Entente mit. „Tanwir i Etfiar“ bringt eine Unterredung mit dem Großwesir, wonach ein sofortiger Abschluß bevorsteht. Wenn die weiteren Bedingungen keine Berichterstattung der Delegierten notwendig machen, werden die Bedingungen leichter sein, als für Bulgarien; keine militärische Besetzung von Konstantinopel oder sonstiger türkischer Gebiete; Azet Pascha begründet den Sonder Schritt folgendermaßen: Nach dem Zusammenbruch Bulgariens unternahm die Türkei gemeinsam mit den Verbündeten den Friedensschritt. Dann war es zu Sonderverhandlungen gezwungen, da Bulgarien vom Feinde besetzt war. Die türkische Grenze ist exponiert und Deutschland nicht im Stande, die versprochene Verstärkung zu senden. Der Sonder Schritt wurde dem deutschen und dem österreichischen Vorgesandten mitgeteilt und von ihnen anerkannt.

Das Blatt „Zeman“ bringt eine Unterredung mit Reichid, dem politischen Direktor des auswärtigen Amtes. Er erklärt, die Bedingungen seien nur dem Ministerrat bekannt; gewiß sei aber, daß sie leicht seien. „Kraam“ erklärt die leichten Bedingungen damit, daß der Angriff auf Konstantinopel doch keine Kleinigkeit für die Entente sei. Das Blatt rät sodann, die Zeit zwischen dem Waffenstillstand und dem Frieden zu benutzen, um in den inneren Zuständen aufzuräumen, besonders im Reichswesen, damit sich die Türkei selbständig präsentieren. Nebenher gehen weiter die Hesperien gegen Deutschland in Pressenotizen. „Terdiman“ tritt solchen Beschimpfungen entgegen, erklärt aber: Auch wir lieben die Deutschen nicht und werden sie nie lieben. Das ist hauptsächlich der Fehler der Deutschen selbst. „Yeni Ahnen“ tritt einer Deutschenbege entgegen. Die Beschimpfungen eines gewesenen Freundes sei wieder würdig noch den türkischen Interessen dienlich.

Aus Kulaß der Rückkehr Begnadigter fordert „Balki“ diese auf, sie möchten sich aus Staatsinteresse nicht in dem Haß gegen das Komitee vereinigen. Auf Bewegungen zum Zweck des Aufstehens aus gewissen inneren Zuständen deuten folgende Meldungen: Der neue Wali von Smyrna, Reichid, der Abordnung für Ergraben, der frühere Polizeidirektor Vedra und der Wali von Beirut Kami sind bei der Abreise vom Schiff unter Verhaftung, später aber wieder freigelassen

Hestige feindliche Angriffe am Dife-Kanal zurückgeschlagen — Kämpfe um die Stellungen nordwestlich Herpy.

Berlin, 30. Oktober 1918, abends. Amtlich.

An der Dife sind heftige Angriffe der Franzosen gescheitert. An der übrigen Westfront keine größeren Kämpfe.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 30. Oktober 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.
In der Lud.-Niederung, zwischen der Pys und Schelde, bei Hamars und Englesontaine wurden heftige Teilangriffe des Gegners abgewiesen. Das englische Feuer gegen die Forts ädic von Tournai und die Ostflanken der Scheidenerhebung forderte wiederum erhebliche Opfer unter der Zivilbevölkerung.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.
Am Dife-Kanal schickten am frühen Morgen heftige feindliche Angriffe. Nach hartem Artilleriekampf nahm der Franzose zwischen Nizvic-Comte und der Dife unter Einfluß zahlreicher Panzerwagen seine Angriffe wieder auf. Die in den schweren Kämpfen der letzten Tage bewährten Truppen der Armeen der Generale von Everhardt und von Below haben auch gestern wieder einen vollen Erfolg in der Abwehr errungen. Sie schlugen den Feind auf der 18 Kilometer breiten Angriffsfront völlig zurück. In den Kämpfen am Nordende von Klein-Cucutina zeichnete sich das Brandenburgerische Leibregiment Nr. 8, Führer von Hauptmann v. ... aus.

Am Dife-Kanal schickten am frühen Morgen heftige feindliche Angriffe. Nach hartem Artilleriekampf nahm der Franzose zwischen Nizvic-Comte und der Dife unter Einfluß zahlreicher Panzerwagen seine Angriffe wieder auf. Die in den schweren Kämpfen der letzten Tage bewährten Truppen der Armeen der Generale von Everhardt und von Below haben auch gestern wieder einen vollen Erfolg in der Abwehr errungen. Sie schlugen den Feind auf der 18 Kilometer breiten Angriffsfront völlig zurück. In den Kämpfen am Nordende von Klein-Cucutina zeichnete sich das Brandenburgerische Leibregiment Nr. 8, Führer von Hauptmann v. ... aus.

Beiderseits von Sonziers und östlich der Nisne gewaltig Artilleriekampf.

Wir schossen gestern 27 feindliche Flugzeuge und 6 Fesselballone ab. Leutnant Doer errang in den letzten Tagen seinen 31. bis 34., Leutnant Frommherz seinen 30. Luftsieg, Leutnant Roether seinen 25. Luftsieg.

Der Chef des Generalstabes des Feldheeres.

Die Oesterreicher räumen das besetzte italienische Gebiet — Räumung Serbiens.

Wien, 30. Oktober. Amtlich wird verlautbart:

Italienischer Kriegsschauplatz.

An der Triester Front nur geringe Geschützaktivität. Zwischen Brenta und Piave haben frische feindliche Kräfte den Asolone und den Monte Vertice mit Uebermacht angegriffen. Unsere dort mit beispiellosem Heldennut und Soldatentreue kämpfenden Truppen haben alle Anstrengungen des Gegners zunichte gemacht. In der venezianischen Ebene hielten Engländer und Italiener weiter vor. Es gelang ihnen unter Einfluß aller Kampfmittel, ihre Einbruchstellen nördlich und südlich des Montello wesentlich zu erweitern.

Unserem mehrfach zum Ausdruck gebrachten Entschluß zur Verbellung eines das Völkerringen abschließenden Waffenstillstandes und Friedensabmachung tragend, werden unsere auf italienischem Boden kämpfenden Truppen das besetzte Gebiet räumen.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Der Offizier unserer in Serbien operierenden Streitkräfte hat bereits den Uebergang auf das nördliche Donauufer vollzogen. Der Rückmarsch an die Save und Drina geht weiter planmäßig vor sich. Der Feind drängt nirgends nach. Die Nachhut unserer albanischen Streitkräfte hatten nur vereinzelte Banden abzumehren.

Der Chef des Generalstabes.

Der Fluchtversuch und die Verhaftung des früheren Wais von Aleppo und des Wais von Beirut, denen unlautere Handelsgeschäfte mit Zucker vorgeworfen werden, erregt Aufsehen. Es handelt sich um Angriffe gegen das jungtürkische Regime.

Der Abbau des U-Boot-Krieges.

Genf, 30. Oktober. Wie der „Temp“ meldet, haben die deutschen U-Boote seit vier Tagen ihre Tätigkeit eingestellt. Es sei dies offenbar eine Folge des Eingehens Deutschlands auf die Forderungen Wilsons.

Das Blatt beschäftigt sich mit den sogenannten Greuelmeldungen und erklärt, daß im Gegensatz hierzu in Vize u. V. alle Archive, Manuskripte usw. vollkommen unverfehrt vorgefunden worden sind.

Was wird der Kaiser tun?

Sinnlos wäre es, in Zeitungsblättern von einer Angelegenheit zu schweigen, von der Markt und Gassen voll sind. Vor ein paar Tagen war überall das Gerücht verbreitet, der Kaiser und der Kronprinz hätten auf den Thron verzichtet. Als dieses Gerücht sich nicht bestätigte, wurde allgemein angenommen, es eise nur den Tatsachen voraus. Seitdem kann keine Redaktion, keine als irgendwie unterrichtet geltende Persönlichkeit sich mehr vor den Anfragen retten, in denen immer die Worte wiederkehren: „Schon?“ und „Wann?“

Man kann von einer stillen Bewegung reden, die durch alle Kreise des deutschen Volkes geht. Wer hier meint, noch mit den alten Gegenjahren Ordnung und Umsturz, Monarchie und Republik operieren zu können, urteilt falsch. Es gibt in dieser Frage im Volk kaum bedeutende Meinungsverschiedenheiten, und wenn sie vorhanden sind, so gruppieren sie sich keinesfalls nach dem Schema der verschiedenen Parteirichtungen.

Der Kaiser hat im Reich viele politische Gegner, und in den letzten Jahren ist die Gegnerschaft von rechts besonders stark hervorgetreten. Der Wunsch der Rechten ging, genau so wie der der sozialdemokratischen Linken, nach einer einheitlich festen Politik, nur daß man sich den Inhalt dieser Politik darüber natürlich ganz anders vorstellte als bei uns. Dort ist man der Meinung, daß der Kaiser nicht militärisch, nicht preussisch, nicht altdeutsch genug gewesen sei und daß er demokratischen Forderungen nicht genügend festen Widerstand geleistet hätte. Die Mittelrechten haben sich nicht als Konjunkturalisten fühlen lassen, die Stimmung ist erdichtet. Um erregten Widerspruch zu begegnen, fügte man sofort hinzu, daß in jenen Kreisen die monarchische Gefinnung und das Treuegefühl keineswegs geschwunden sind, nur den Monarchen hätte man sich dort anders gewünscht.

Will man das beitreten? Mit uns Sozialdemokraten steht es ganz anders. Wir sind, wie jedermann weiß, grundsätzliche Gegner aller ererbten Vorrechte und sind seit je für ihre energische Zurückdrängung eingetreten. Leider hat man uns kein Gehör geschenkt. Man stelle sich einmal vor, die Verfassungsreformen, die jetzt eingeführt werden und die wir schon seit 30 Jahren forderten, wären schon vor 10 oder 20 Jahren zur Durchführung gelangt. Dann wären wir entweder überhaupt nicht in den Krieg geraten oder eine Volksregierung hätte die auswärtige Politik vor dem Kriege zu verantworten gehabt, eine Volksregierung wäre für die ganze Kriegspolitik und die ganze Kriegführung verantwortlich gewesen. Im Falle eines unglücklichen Ausgangs hätte niemand anders angeklagt werden können als diese nach dem Willen des Volkes gebildete Regierung. Der Kaiser wäre gänzlich außerhalb der Debatte geblieben.

Wir Sozialdemokraten waren also, ohne es zu wissen und, offen gesagt, ohne es zu wollen, die besten Ratgeber Wilhelm II. Wieviel wäre ihm erspart geblieben, wenn man unseren Vorschlägen gefolgt wäre! Umgekehrt, die Gerölde der „starken Monarchie“, die Gegner eines bloßen „Schattenkaiserthums“ haben ihrem König nicht geholfen, sie wurden ihm zum Unglück und Verderben.

Es ist schon ausgesprochen, daß die Sozialdemokraten dem Kaiser ihre guten Rat schläge keineswegs in der Absicht gegeben hatten, ihm zu helfen. Denn zwischen ihnen und ihm bestand schärfste, persönlich erbitterte Gegnerschaft. Im Gegensatz zu allen anderen Monarchen hielt es Wilhelm II. lange Jahre hindurch für seine Aufgabe, sich an die Spitze des Kampfes gegen die Sozialdemokratie zu stellen. Und da die Dinge damals so zu stehen schienen, als ob alle Macht auf der einen Seite, der des Kaisers, alle Ohnmacht aber auf der anderen, jener der Sozialdemokratie, stünde, mußte dieser Kampf äußerst erbitternd wirken. Der Kaiser hat später seinen Fehler erkannt und ihn zu verbessern versucht. Aber es wäre unaufrichtig zu behaupten, daß es ihm gelungen sei, die Spuren des alten Grobheit aus den Arbeitermassen zu tilgen. Nur die Fronker, die die Sache nie tragisch genommen haben, vermögen über sie hinwegzusehen. Die anderen, die sie ernst, allzu ernst genommen hatten, kommen auch heute noch nicht über sie hinweg.

Von dem Bestreben geleitet, selber ganz objektiv und leidenschaftslos zu urteilen, können wir doch auch noch ein weitere Bemerkung nicht unterdrücken. Sieht man von partei politischen Kämpfen ganz ab, so wird man doch finden, daß zwischen Wilhelm II. und breiten Massen des Volkes niemals ein richtiges Ver stehen geherrscht hat. Schöndorff-Hohenlohe sagte einmal, es gebe drei Menschenrassen: Schwarz, Weiß und Färsen. In diesem Sinne erschien Wilhelm II. immer als die Ausprägung einer Besonderheit, und es blie keine andere Wahl, man mußte ihn entweder für etwas anderes als einen gewöhnlichen Sterblichen, für unendlich mehr holt oder man mußte bei dem Gedanken erdrosseln, daß dieser Mann den man als Menschen sah, eine solche Fülle der Gewalt in seinen Händen vereinigen durfte, und sah kommenden Unheil voraus

Für Verfassungsmonarchie war da kein Raum, nur für Glaubensmonarchie. Wilhelm II. war selbst ein Glaubensmonarch und forderte Glauben an sich und an die Institution, die er vertrat, von seinen Untertanen. Doch ist es ihm nicht gelungen, belehrend zu wirken, der monarchische Gedanke hat in den letzten dreißig Jahren nicht gewonnen, desto mehr gelitten, und auch ohne diesen unglücklichen Krieg stände Wilhelm II. vor einer geschickten Mission.

Nun dieser Krieg! Der Kaiser hat ihn nicht gewollt, er hat aber auch durchaus nicht die richtigen Mittel gefunden, ihn zu verhindern. Die Ermordung des österreichischen Thronfolgers, seines verhassten Feindes, nach seinem Verhalten eine unheilvolle Richtung. Für seine Weltanschauung mußte Mordmord mehr sein als gewöhnlicher Menschenmord. Wir anderen behauern den gewaltigen Tod eines Befröntigen genau so wie den eines armen Landbriefträgers, der auf der Straße überfallen worden ist. Aber noch nie ist aus der Ermordung eines Landbriefträgers ein Weltkrieg entstanden.

Als dann der Krieg kam, hat sich der Kaiser in dankenswerter Weise jedes Eingriffs in die militärische Leitung enthalten, selber nicht eben ein jedes Eingriff in das Gebiet der Politik. Dabei hat sich wiederholt gezeigt, daß er in seinem Optimismus die wirkliche Sachlage verkannte und schlecht gewählte Karotten herausgab, wie z. B. die des ewigen Gegenstandes zwischen deutscher und englischer Weltanschauung. Man erinnert sich, daß der Kaiser der Sohn einer englischen Mutter ist (was ihn in unsern Augen nicht um Millimeterbreite herabsetzt), daß er sich vor Jahren gerühmt hat, Englands fast einziger Freund in Deutschland gewesen zu sein und seiner Großmutter im Kampfe gegen die Völkervereinigung Hilfe geleistet zu haben.

Ja, wir feiern ein dunkles Jubiläum. Auf den Tag genau sind es zehn Jahre her, seit der „Daily Telegraph“ sein unheilvolles Zetern mit dem Kaiser veröffentlichte und der Novembersturm begann. Zwei Wochen wilder Erregung der Presse. Am 10. November Reichstags-Sitzung. Kaiser: „Das gesamte Ausland spricht von einer Zweipartigkeit der deutschen Politik. Die einmütige Meinung des Inlandes hallt wider in der ganzen Presse, in Tausenden von Zeitungen. Sie alle wenden sich gegen das persönliche Regiment. Die Konjunktur für Reichsbehörden ist so günstig, daß eine Verfassungsänderung ihrer oder wegen der Masse nicht möglich ist. ... So geht es nicht weiter!“ Wiener: „Die komplizierte Staatsmaschine bedrängt keine ungeschickten Eingriffe. Napoleon I. hat einmal gesagt: Ich brauche mehr Kopf und weniger Junge.“ (Sehr richtig! hakt.) Singer: „Wie kommen wir aus dieser Politik der Konfusion heraus? Wir geben nichts auf Worte, sondern wir wollen Taten sehen. Wir wollen gesetzliche Maßnahmen, die das deutsche Volk vor einer Wiederholung solcher Vorgänge schützen, dazu ist eine Verfassungsänderung notwendig, die der Volkvertretung die Entscheidung über Krieg und Frieden gibt. In letzter Linie sind es doch die am Horizont auftauchenden Kriege, deren Gefahr erhöht wird, wenn diese unverantwortliche Politik weitergeführt wird. ... Weiter müssen wir verlangen, um den Einfluß der Volkvertretung auf die auswärtige Politik zu sichern, daß der Reichstag selbst bei der Ernennung der Minister mitwirken berufen ist. In England und Frankreich kennt man keine Minister, die nicht das Vertrauen des Parlaments besitzen, sie werden dort aus der Verantwortung genommen. Vielen Ländern in irgendeiner Form auch in Deutschland herbeizuführen, um die Aufgabe des Reichstags zu erleichtern. ... Wenn Sie das tun, wird es an unserer Mitarbeit nicht fehlen.“ — v. Seydewitz findet den Vortrager nicht konsequent genug und meint ironisch, er hätte doch gleich die Vereinfachung der Monarchie fordern sollen, sonst aber dann: „Die Erregung ist auch in konservativen Kreisen gewaltig. ... Ich spreche es offen aus, daß es sich für uns nicht nur um die letzte Veröffentlichung handelt, sondern um eine Summe von Sorgen, Bedenken und Unruhe, die sich im Lauf der Jahre angehäuft hat.“ (Sehr wahr! recht.)

Das war vor zehn Jahren, und auf diese Dokumente greift, erheben wir Anklage. Nicht gegen den Kaiser, der so war, wie er durch Geburt und Erziehung geworden ist, sondern gegen das deutsche Bürgertum. Wir hatten ihm unsere Hilfe angeboten, um Zustände zu beseitigen, deren unheilvolle Folgen der Mund unseres verstorbenen Führers prophezeite. Es hat sie abgelehnt, es geschah nichts. Und dann kam das Schicksal.

Rein Jahre sind vergangen, schwere Wollen stehen über Schloß Bellevue, in dem ein Mensch um den Entschluß des Handelns ringt. Wir Sozialdemokraten waren jetzt vor zehn Jahren nahe daran, ohne es zu wissen und zu wollen, sogar auch ihm zu helfen. Man hat uns nicht verstanden, ja, wir haben selber nicht ganz verstanden, um was es ging, hätten wir sonst nicht zu Mitteln der Verzweiflung greifen müssen! Nun ist's vorbei und gelassen, und nichts kann mehr das Rausen und Rauschen im Volk zum Schweigen bringen: „Was wird der Kaiser tun? — Wann wird er es tun?“

Keine Wegführung der belgischen Wehrpflichtigen.

Deutscher Vorschlag an Frankreich und Belgien.
Berlin, 30. Oktober. (AB) Bei der Räumung eines Teils des belgischen Gebietes ist die oberste Herrschaft vor eine außerordentlich schwierige Frage gestellt worden. Es handelt sich um die belgischen Wehrpflichtigen, deren Anzahl in den eroberten Gebieten sich bereits auf weit über 100 000 beläuft, trotzdem unsere Gegner seit Anbruch des Krieges allgemein die schicksallose Internierung aller wehrfähigen Deutschen beschlossen und zum Teil in rohester Weise durchgeführt haben, wüßte die erste Herrschaft, wenn irgend möglich es vermeiden, sich einem soartigen Vorgehen gegenüber diesen Wehrpflichtigen anzuschließen. Auf der andern Seite ist es ihr aus militärischen Gründen unmöglich, den wehrfähigen Belgiern die Freiheit zu lassen, um umgeben nach Räumung der Städte in den Kriegsdienst der Seite zu treten. Es ist daher der belgischen und auch der französischen Regierung mitgeteilt worden, daß die oberste Herrschaft bereit ist, die gesamte Bevölkerung des geräumten und auch schicksallos noch zu räumenden Gebietes nicht zurückzuführen, wenn sie mit Einschluß der wehrfähigen Männer an ihren Wohnorten zu belassen, dafür erwartet sie aber die Zusage, daß alle Männer zwischen 18 und 35 Jahren nicht in belgischen, französischen oder verbündeten Streitkräfte einbezogen werden, auch wo es sich um freiwillige Leistungen handelt. Reicht zu hoffen, daß die belgische und französische

Regierung in nächster Zeit auf diesen Vorschlag eingehen wird.

Waffenstillstandesgerüchte.

Volks Bureau teilt mit: Die Nachrichten über ein Eintreffen der Waffenstillstandsbedingungen sind falsch. Die Formulierung der Waffenstillstandsbedingungen, wie sie in Deutschland verbreitet wird, beruht auf Gerüchten, denen jede tatsächliche Grundlage fehlt.

Genf, 29. Oktober. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der „Temps“ nennt die deutsche Antwort heuchlerisch. Sie vermengt den Waffenstillstand mit der Friedensfrage. Deutschland wolle eine Auseinandersetzung über die Auslegung der Prinzipien Wilsons. Aber das sei unmöglich, solange keine militärischen Garantien gegeben sind. Der „Temps“ fordert neuerdings, daß man nicht nur mit den verprechteten Reichsbehörden, sondern auch mit den Bundesstaaten verhandele. Mit der erlöschenden Wiener Regierung und mit Konstantinopel kann man nur über militärische Garantien und nicht über Politisches verhandeln. Das „Echo de Paris“ behauptet, die deutschen Reformen genügen den Wilsonschen Bedingungen nicht. Darum müsse man auf dem militärischen Terrain bleiben und überhaupt den Waffenstillstand und den Frieden ohne Einmischung in die inneren Verhältnisse Deutschlands definieren. Senator Cornet, der Vorsitzende der Armeekommission, fordert, daß der Feind niedergeschlagen werde. Die Deutschen verehren nur Annapolis; Mäßigung würde vielen als Schwäche erscheinen.

„Dobos“ schreibt, man dürfe nicht ein baldiges Ende erwarten. Es sei unwahrscheinlich, daß Deutschland die von den militärischen Befehlshabern gestellten ausschließlich militärischen Bedingungen annehme. Seine Armee sei noch sehr stark und könne starke Linien besetzen. Man wolle Deutschland nicht beschließen können, eine ganze Reihe erstrangiger Stellungen und Festungen zu räumen, solange es nicht Garantien für den Frieden erhalten habe. Wir können nicht daran denken, sie zu geben, und der Feldzug wird fortbauern, bis Deutschland vom Süden gefaßt wird.

Die österreichische Note an Wilson.

Washington, 30. Oktober. (Reuter.) Die österreichisch-ungarische Note ist bei der schwedischen Gesandtschaft zur Uebergabe an das Staatsdepartement eingegangen.

Das Manifest gegen die französischen Kriegsverlängerer.

Der Umfall der bürgerlichen Radikalen.

Genf, 29. Oktober. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Sachin erzählt in der „Humanité“ die Geschichte des Manifestes der Linken gegen die Chauvinistenkampagne, die bis in die Westfronten hineingetragen wurde. Am Freitag erhielt das Manifestkomitee die Mitteilung, daß der Kongreß der radikalen Partei einstimmig beschlossen habe, an dem Rufus mitzuwirken, worauf das Komitee einging. Als am Sonnabend das von zwei Delegierten des Radikalen-Kongresses mitbrachte Manifest dem Kongreß vorgelegt wurde, fiel es nach einer wilden Chauvinistenrede Herris gegen die deutschen Sozialisten einstimmig durch. Sogar die radikalen Volksbeauftragten des Manifestes. Der „Populaire“ sagt: Die Geschichte des Manifestes sei auch für die Sozialistenpartei nicht räthlich, da man es den Radikalen zu sehr verwickelt, daß jeder Herr, da von der bürgerlichen Presse über das Manifest eroberte Besprechungen unbedeutend sind. Der „Homme libre“ begrüßte die radikalen Kongreß zur Ablehnung des Manifestes. Der „Populaire“ verspottet die Radikalen, da sie vor Clemenceau abgelaufen sind. Sachin stellt fest, daß die große Demokratenpartei traurig verlagte.

Der „Populaire“ sagt, die deutsche Antwort an Wilson räume alle Steine vom Wege eines raschen Friedens hinweg. Die aliierten Kabinette müßten die Verantwortung vor den Proletariatsmassen bedenken. Peden schreibt im „Populaire“: Die deutsche Umwälzung wird das Feudalgebäude zerbrechen, wenn sie nicht von außen paralytisch wird. Der Weltkrieg ist erst gesichert, wenn der Kapitalismus überall zusammenbricht. Indem französische Konservative die deutsche Revolution leugnen, verteidigen sie vielfach französische Interessen, aber sie bereiten eine Verachtung der nationalen Interessen. Die „Matin“ veröffentlicht einen Leitartikel gegen die imperialistische Kampagne und die Nachrede. Der „Temps“ und seine Kollegen seien Friedenssaboteure, die radikale Partei bestehe aus Anglimern.

Zusammenbruch in Oesterreich-Ungarn.

Störungen im Eisenbahnverkehr. — Bolschewismus in Ungarn.

Durch die Proklamation des tschechoslowakischen Staates und die damit verknüpften Unruhen ist eine bedauerliche Störung des Jughverkehrs eingetreten. Die Grenze von Sachsen nach Böhmen war von gestern abend bis heute früh gesperrt. Doch meldet bereits ein Telegramm aus Pottau, daß der Verkehr mit Reichenberg wieder aufgenommen ist und der über Leitzen—Bodenbach verkehrende Schnellzug Berlin—Wien wird, wie wir erfahren, morgen wieder regelmäßig verkehren.

Diese Unterbrechungen sind darauf zurückzuführen, daß die tschechischen Eisenbahnen im Uebergangsbereich dieser ersten Tage eine willkürliche Quasokontrôle verlor. Mehrere Lokzüge sind angehalten, die Begleitmannschaften entwaffnet worden. Wenn auch der Güterverkehr vielleicht gewissen Einschränkungen unterworfen wird — es wird mit der Einstellung der Ausfuhr böhmischer Braunkohle gedroht — so sind das doch hoffentlich Uebergangserscheinungen, die bald überwunden sein werden. Denn wenn die Böhmen keine Braunkohlen mehr liefern, wird die deutsche Regierung mit Recht zu prüfen haben, ob sie ihrerseits die Steinkohlenlieferungen aus dem ober-schlesischen Revier nach Oesterreich fortsetzen soll.

Im allgemeinen scheinen sich die Dinge allmählich einzuordnen. Prag ist wesentlich ruhiger geworden. Der deutsche Generalkonsul Herr v. Gelbhafer hat unter Hervorhebung des musterhaften und würdigen Verlaufes der Demonstrationen am Montag das Präsidium des tschechischen Nationalausschusses zur Errichtung des selbständigen tschechischen Staates beglückwünscht. Es entspricht den deutschen Interessen, daß Frei-

herr v. Gelbhafer den Wunsch ausspricht, es möchten die guten Beziehungen zwischen dem tschechisch-slowakischen Staate und dem Deutschen Reich gewahrt werden. Deutschland hat also die Prager Regierung als erster Staat anerkannt.

Das Gerücht, die österreichisch-ungarische Botschaft in Berlin beabsichtige über München-Salzburg abzureisen, ist falsch. Wahr dürfte nur sein, daß ein Wechsel der beidenseitigen Botschafter in nahe Aussicht genommen ist.

In Ungarn ist nicht Graf Michael Karolyi, sondern Graf Johann Hadik zum Ministerpräsidenten ernannt worden. Es geht ziemlich kühnlich zu, und es scheint sich in der Bewegung ein bolschewistischer Einschlag geltend zu machen, der aber jedenfalls nur ganz vorübergehend, wenn überhaupt Geltung erlangen wird. Am Dienstagabend erließen beim ungarischen Nationalrat eine Abordnung von Polizeibeamten unter Führung des Polizeirats Szendrői und erklärte, daß sich das Besamienkorps der hauptstädtlichen Polizei unter den Schutz des Nationalrates stelle.

Am schlimmsten scheint der Wirrwarr in Kroatien und Slavonien zu sein, wo die öffentliche Ruhe durch Deferteure empfindlich gestört ist. Doch sind alle Nachrichten mit Vorsicht aufzunehmen. Die ungarischen Zeitungen haben ein begriffliches Interesse daran, den jungen südslawischen Staat zu kompromittieren.

In der Sitzung am Dienstag des kroatischen Landtages stellte Abgeordneter Sotolar Vridilichewitsch folgenden Antrag: Der Landtag möge beschließen, daß das staatsrechtliche Verhältnis zwischen dem Königreich Dalmatien, Kroatien, Slavonien und Fiume und dem Königreich Ungarn einerseits sowie zwischen dem Königreich Kroatien und Oesterreich andererseits aufgehoben werde. Der Antrag wurde folgendermaßen begründet: Das Volk der Kroaten, Slowenen und Serben wolle weder mit Oesterreich noch mit Ungarn etwas zu tun haben und strebe nur die Vereinigung des gesamten südslawischen Volkes auf dessen ethnographischem Gebiet von Szonaggebiet bis zum Wardar zu einem souveränen und unabhängigen freien Staat an. Ueber Staatsform und Verfassung würde die Konstituante zu beschließen haben. Der neue Staat werde auf demokratischer Grundlage errichtet sein und auf nationaler und sozialer Gleichberechtigung aller Völker ruhen.

Während der Rede erschienen der Militärkommandant General der Infanterie Sinjarics und Landwehrdistriktskommandant Mikhalovics in Begleitung mehrerer Generale und Stabsoffiziere. Sie wurden mit stürmischen Rufen: „Es lebe die nationale Armee“ begrüßt. Der Antrag wurde einstimmig und mit Jubel angenommen.

Die Entwicklung Deutschösterreichs.

Wien, 29. Oktober. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Mit der Verfassung, die heute der Volksgauausdruck beschlossen hat und die morgen von der Nationalversammlung genehmigt wird, ist die Grundlage für den deutschösterreichischen Staat geschaffen. Der Verfassungsentwurf ist selbstverständlich ein Kompromiß zwischen den Parteien, von denen in der ersten Sitzung der Nationalversammlung die Sozialisten für die demokratische Republik, die Christlich-Sozialen für die Demokratie und die Deutsch-Nationalen für die konstitutionelle Monarchie eingetreten sind. Der Verfassungsentwurf verzichtet auf das Wort Republik auszusprechen, nur aber durchaus auf dem Boden demokratischer Volkssouveränität. Die gesetzgebende Gewalt wird von der Nationalversammlung, die Regierung und Volksgewalt von einem Staatsrat ausgeübt, der die Staatssekretäre wählt. Dieser stellt die eigentliche Regierung dar. Da bis zur vollständigen Uebernahme der Verwaltung Verhandlungen mit der derzeitigen Regierung nötig sind, wurden ebensoviele Staatssekretäre als österreichische Minister bestellt. Von zwanzig Mitgliedern des Staatsrates sind vier den Sozialdemokraten vorbehalten, so daß diese, da auch die gewählten Präsidenten der Nationalversammlung dazu gehören, durch fünf Mitglieder vertreten sind. Die Staatssekretäre sind noch nicht bestimmt, werden aber in der morgigen Abstimmung von den Parteien vorgeschlagen werden. Die oberste Gewalt wird in Deutschösterreich bis zum Zusammenritt der Konstituante von der provisorischen Nationalversammlung ausgeübt. Der Konstituante bleibt selbstverständlich die Wahl der definitiven Staatsform vorbehalten.

Die Note an Wilson ist von den drei Präsidenten, darunter auch von Selb unterzeichnet. Nach der Wahl der Regierung und der Absendung der Note an Wilson ist die erste Periode der Konstituierung beendet. Nun steht die Aufspaltung von Verhandlungen mit dem Auslande und mit den anderen Nationen bevor. Diese haben inzwischen ihre Selbständigkeit erklärt.

Die Tschechen haben in Prag und Brünn von den allen Behörden die Gewalt übernommen. Der tatsächliche Zustand in Oesterreich ist der, daß die Nationen tatsächlich vollständig selbständig sind. Auch Deutschösterreich wird nun von den alten Behörden die Uebertragung der Regierungsgewalt verlangen und auch ohne Widerstand erhalten. Verhandlungen mit den anderen Nationen sind eingeleitet, wenn auch ineffizient.

Deutschland und die Deutschösterreicher.

Der Volksgauausdruck der deutschösterreichischen Nationalversammlung wird zwecks Wahrnehmung der Interessen der Deutschösterreicher einen ständigen Vertreter nach Berlin entsenden, der die Fühlungnahme mit den Parlamentariern des Deutschen Reiches und der Reichsregierung wahrnehmen kann, ausrecht erhalten soll. Die Vertretung, die einem parlamentarischen Deutschösterreich übertragen werden wird, soll schon in den nächsten Tagen mit ihrer Tätigkeit beginnen.

Die „Neue Freie Presse“ berichtet, daß die deutsche Reichsregierung bereits die Verpflegung Deutschösterreichs mit Wehl für 30 Tage ausrechnen wollte, als im letzten Augenblick die Antwortnote der Monarchie an Wilson bekannt wurde. Die Stimmung in Berlin sei völlig umgeschlagen, trotzdem habe sich die deutsche Reichsregierung bereit erklärt, vorläufig die Militärlieferungen auf neun Tage zu übernehmen und habe ein weiteres Verhalten in der Frage der Lebensmittelhilfe an Deutschösterreich von der Stellungnahme der deutschösterreichischen Nationalversammlung zur Antwortnote an Wilson und zur Bündnisfrage abhängig gemacht.

Deutsch-Böhmen als Provinz Deutschösterreichs.

Die deutsch-böhmischen Abgeordneten versammelten sich am Dienstag im niederösterreichischen Landhause zur Konstituierung Deutsch-Böhmens. Vorsitzender Bacher stellte in der Eröffnungssprache fest, daß Deutsch-Böhmen zum Staate Deutschösterreich gehöre und niemand das Recht habe, ein Co-

Groß-Berlin

Der Geheimrat.

Der Direktor des Berliner Polizeibeamtensrates macht durch Anschlag in den Diensträumen seine Untergeordneten darauf aufmerksam, daß er schon seit fast einem Vierteljahr Geh. Volkswirt sei und daher solange, als „Herr Geheimrat“ angeredet zu werden.

„Da endlich zum Geheimen Rat es mir gelang zu steigen, magt es das subalterne Paß, die Würde zu verschleiern?“

Da soll doch gleich der Teufel drein mit allen Wetzern schlaen... Mann, lassen Sie das Donnern sein. Ich kann den Grund Euch sagen:

Die räthliche Gehobtheit lockt seinen Hund vom Ofen. Ein jeder fragt sich heut geküßt: Wat kann id mir für Kooßen?

Paulsen.

Die Demobilisierung und die Stadtverwaltungen.

In der Vorstandssitzung des Deutschen Städtebundes wurde die Frage erörtert, welche Maßnahmen bei einer Demobilisierung von städtischer Seite zu ergreifen sind. Es wurde eine Eingabe an das Reichswirtschaftsamt und das Reichliche Kriegsministerium beschlossen wegen Abänderung der bisher in Aussicht genommenen Bestimmungen über den Ort, an welchem die Truppen zur Entlassung kommen. Besonders eingehend wurde ferner die Frage der Arbeitsbeschaffung, der Erwerbslosensfürsorge, sowie der Ueberleitung der Rüstungsbetriebe in die Friedenswirtschaft behandelt. Eine von dem Vorstande einstimmig angenommene Entschließung konnte noch an demselben Tage bei einer Besprechung im Reichswirtschaftsamt, an welcher eine Abordnung des Vorstands teilnahm, zum Gegenstande der Beratung gemacht werden. Der Vorstand beschloß einen besonderen Demobilisierungsausschuß einzuweisen, um, wenn nötig, eine schnelle Prüfung und Entscheidung herbeiführen zu können.

Kohlenhöfen.

Für neue Kohlenhöfen, die noch nicht in eine Kundenliste eingetragen sind, ist es schwer, bei irgendeinem Händler die Erlaubnis zu erlangen. Personen, die von außerhalb zuziehen, und Kriegsteilnehmer, die in die Heimat entlassen werden, können in schlimme Bedrängnis geraten, weil sie Wochen hindurch auf die Erlaubnis warten müssen. Aber auch Kohlenhöfen, die längst in einer Kundenliste stehen, erleben es bei der Kohlenknappheit, daß sie vom Händler im Stich gelassen werden und dann mit einer einzigen Woche im Hause haben. Bis zur Ueberwindung an einen anderen Händler vergehen meist Wochen, und im letzten ist wenig Gewinne dafür gegeben, daß der andere Händler besser bedient wird und seine Kunden besser bedienen kann. Soldaten Kohlenhöfen will jetzt der Kohlenverband Groß-Berlin durch eine Notaushilfe begünstigen, die unter zeitweiliger Durchbrechung des Grundgesetzes der Kundenliste eine gewisse Freizügigkeit schafft. Dem Kohlenhöfen soll auf seinen Antrag von der Gemeinde ein Ausweis gegeben werden, der ihn berechtigt, bis zu drei Zentner Kohlen als Notaushilfe einzukaufen. Er kann diese Kohlen zu verkaufen. Etwa 120 Kohlenhändler sind ausgewählt, denen die für die Notaushilfe vorläufig erforderlichen Kohlenmengen zur Verfügung gestellt werden. Nur unter dieser Bedingung darf der zum Bezug der Kohlenhöfen berechtigten Käufer wählen, und die Lieferung erfolgt dann gegen Vorlegung jenes Ausweises an der Kohlenliste und natürlich nicht über die überhaupt freigegebenen Kohlenkontingente hinaus. Für diese Verfügungen, von der übrigens jede Familie nur einmal im Laufe des Winters Gebrauch machen darf, während — so wird angenommen — etwa 2 vom Laufen der Verbilligung in Frage kommen. In Berlin ergäbe das bei überhaupt 600 000 Haushaltungen etwa 1200 für das ganze Jahr oder bei gleichmäßiger Verteilung 100 für den Monat, das wird in Umgebungsstädten auf einen Bedarf für etwa 300 Familien berechnet. Jeder der zu dieser Notaushilfe ausgewählten Kohlenhändler soll für die nichteingetragenen Kunden einen eisernen Leitband von 50 Zentner bereithalten, der immer wieder aufgefüllt wird.

Die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend

Hatte am Dienstag ihre diesjährige Generalversammlung. Der große Saal des Lehrervereins war überfüllt, aber gegenüber der Mitgliederzahl von 110 000 stellen die Beschlüsse fast nur einen winzigen Bruchteil dar.

Der Vorsitzende berichtete, daß der Geschäftsführer Junger, während die durch den Krieg verursachten Schwierigkeiten der Lebensmittellieferung. Trotz Warenknappheit ist es im Geschäftsjahre 1917/18 zu einer weiteren Steigerung des Umsatzes auf über 20 Millionen Mark gekommen, die sich aus der Lebensmittellieferung erklärt. Die Zunahme der Betriebskosten hat einen Rückgang des Gewinns bewirkt, so daß der Absatz auf 3 Proz. herabgesetzt werden muß. In dem Aufsichtsratsbericht hob der Vorsitzende Wüller hervor, daß die Genossenschaft die Kriegszeit ohne Schaden überstanden hat. Die in der Uebergangszeit ihr beweisende Schwerlasten werde sie ebenso überwinden, wenn die Mitglieder zusammenhalten. Aber Streit, der auf anderen Gebieten auszufestehen muß, müsse ihr fernbleiben.

In der Diskussion über die beiden Berichte wurden diesmal Klagen über die Geschäftsführung, über die Warenverteilung, die Personalbesetzung usw. nicht vorgebracht. Ein Redner warnte davor, Mißstände der bürgerlichen Klasse zu werden. Junger stellte fest, daß nach dem Geschäftsbericht die Aufnahmefähigkeit nicht abgewirkt werden können. Ein Antrag Pantow forderte, die Geschäftsführung zu beauftragen, so schnell wie möglich die im Besitz der Genossenschaft befindlichen Kriegsanleihekapitale zu verkaufen oder abzulösen. Mit nicht einem Pfennig dürfe die Genossenschaft diesen Staat unterstützen. Wüller teilte mit, im Aufsichtsrat sei obendrein schon vor etwa sechs Wochen beschlossen worden, bei Gelegenheit der Kriegsanleihe zu verkaufen, damit dieser Staat des Ansehens beraubt werde. Die Generalversammlung stimmte dem Antrag Pantow mit großer Mehrheit zu. Dem Vorstand wurde die vom Aufsichtsrat und vom Aufsichtsrat beantragte Entlassung einstimmig erteilt. Gegenwärtig wurde nahezu einstimmig (gegen eine Stimme) die Bilanz, einmündig die Verteilung des nach Auszahlung von 3 Proz. Rabatt nach bestehendem Reingewinn auf die Reservefonds und den Reservefonds für Kriegsteilnehmerfamilien.

Für die Ergänzungswahlen zum Aufsichtsrat, aus dem letztgenannte ein Drittel auszuwählen hatte, schlug der Aufsichtsrat eine Liste vor. Er empfahl, die ausstehenden Mitglieder wiederzuwählen. Von der Opposition wurde eine andere Liste entgegengesetzt, die Volkswirtschaftler vorlegte. Er könne im Hinblick auf die kommende Zeit, die den Status der heutigen Gesellschaftsordnung bringen müßte, die vom Aufsichtsrat vorgeschlagenen Personen nicht für die geeignetsten halten. Die Genossenschaft zu sein. Scheppel erwiderte, die Genossenschaft dürfe nicht zum Zummelplatz parteipolitischer Auseinandersetzungen

Große Kundgebung für Frauenrechte.

Montag, den 4. November, abends 8 Uhr, findet in den „Sophiensälen“, Sophienstr. 17/18, eine große Frauenversammlung statt. Die Tagesordnung heißt:

Die Frauen im neuen Deutschland.

Rednerinnen sind: Wally Nepler und Dr. Rosa Kempf.

Danach Ansprache von Männern und Frauen der verschiedensten Weltanschauung und nachfolgende freie Aussprache. Hierzu laden Männer und Frauen ein:

Die sozialdemokratischen Frauen Deutschlands.

F. A.: Marie Zuchacz.

Der Deutsche Reichsverband für Frauenstimmrecht.

F. A.: Marie Stritt.

Der Deutsche Frauenstimmrechtsverband.

F. A.: Minna Cauer.

Eine rege Propaganda für diese wichtige Veranstaltung ist notwendig. Eintrittskarten sind bei Ph. Fischer, SW Lindenstr. 3, Bezirks-Organisation Groß-Berlin, zu haben.

Die Sicherung der Kriegsanleihe ist und bleibt die erste Lebenspflicht des Reiches. Darum zeichne!

gemacht werden. Auch Weibes worte vor Zwistigkeiten, durch die nur die Genossenschaft geschädigt werde. Wegen eines Antrags auf Schluß der Debatte wurde eingewendet, die Opposition müsse die Möglichkeit erhalten, auf diese Angriffe noch zu antworten. Der Debattenführer wurde mit großer Mehrheit angenommen. Sodann wurden die Aufsichtsratswahlen durch Stimmzettel vollzogen. Die Feststellung des Ergebnisses zog sich so in die Länge, daß sie bei Schluß der Versammlung noch nicht beendet war. Inzwischen wurde die Verhandlung fortgesetzt mit der Beratung des Antrages auf Erhöhung des Mitgliedsanteils, der für das Mitglied jetzt 30 M., künftig 60 M. betragen soll. Vorstand, Aufsichtsrat und Genossenschaftsrat haben sich übereinstimmend für diesen Schritt ausgesprochen. In der Generalversammlung begründete ihn Ricus mit der Notwendigkeit, die Eigenproduktion der Genossenschaft zu erweitern, wozu mehr Betriebskapital nötig ist. Geplant ist unter anderem, den Räderbetrieb zu vergrößern, eine eigene Mühle zu bauen, eine Schneiderei einzurichten, Spezialgeschäfte für Obst und Gemüse zu eröffnen, ein Metzgereiunternehmen zu gründen. In der Diskussion sprach fast sämtliche Redner die Anteilserhöhung. Nur Ricus rief von allgemeiner Erhöhung ab. Wieder solle man die Notwendigkeit schaffen, daß einzelne Mitglieder mehrere Anteile haben können. Die Abstimmung ergab mit sehr großer Mehrheit (gegen nur vereinzelte Stimmen) die Annahme des Antrages, den Geschäftsanteil von 30 M. auf 60 M. zu erhöhen.

Die Generalversammlung erreichte bei Eintritt der Vollversammlung ihr Ende. Ueber die erst später beendete Feststellung des Ergebnisses der Aufsichtsratswahlen erfahren wir, daß gefaßt sind 520-530 Stimmen auf die vom Genossenschaftsrat vorgeschlagene Liste (Rade, Wüller, Densel, König, Thebert, Widert und 6 Ersatzpersonen), 600-650 Stimmen auf die Liste der Opposition (Thebert, Spahn, Jacobowski, H. Müller, Lubrich, Kahn und 6 Ersatzpersonen), die somit gewählt ist.

Berliner Polizeibeamte als Ganner und Einbrecher.

Eine für die Berliner Polizei in mehrfacher Hinsicht höchst peinliche Affäre ist soeben aufgedeckt worden. Zwei uniformierte Polizeiwachmeister, Kalinowski und Erdmann, wurden als Mitglieder einer Verbrecherbande entlarvt, deren Haupt ein Rahnenschiefer namens Max Vornat war, der zur bequemeren Ausübung von Diebstahlsgelegenheiten in der Uniform eines Leutnants mit dem Eisernen Kreuz erster Klasse aufzutreten pflegte.

Die Bande nahm in mehreren Fällen „Hausdurchsuchungen“ vor und „beislagennamte“ angeblich geflohene Warenverstecke oder Schleißhandelsware, die sie dann anderweitig verkaufte. Eine Wohnung in der Gartenstraße ließen sich die Herren Sicherheitsbeamten, da die Bewohner abwesend waren, durch einen Schlosser öffnen und stahlen dort für 20 000 M. Schmuckgegenstände.

Interessant ist besonders die Art, wie der Erdmann „verhaftet“ wurde. Ein Säugmann hatte ihn bei einer Handlung in der Blumenstraße, wo er angeblich Schleißwaren beschlagnahmen wollte, auf fälscher Tat ertappt, nach tüchtigem Widerstand übermächtig und auf die Sache gebracht. Hier aber war er nach Feststellung des Sachverhalts wieder entlassen worden. Er beschwand raschlich aus Berlin und tauchte erst vor wenigen Tagen in der Rolle eines Heilkranken wieder auf, worauf er dem Untersuchungsrichter vorgeführt wurde. Kurz vorher war auch Kalinowski verhaftet worden, während er in der Kastanienallee einen Wagen mit Heilkranken kontrollieren lassen wollte. Er hatte den ihn anhaltenden Säugmann gebeten, ihn „aus kameradschaftlichen Gründen“ freizulassen, fand aber keine Genesende.

Kalinowski und Erdmann waren dem Polizeirevier in der Swinemünder Straße zugeteilt.

Kohlrüben als Kontrollgemüse.

Die Reichsstelle für Gemüse und Obst hat die Verordnung über Heilgemüse für das ganze Gebiet des Deutschen Reichs auch auf Kohlrüben ausgedehnt. Damit sind die Rüben ebenso wie Weis- und anderer Kohl einer Abgabekontrolle unterworfen und dürfen nur nach Genehmigung als Kontrollgemüse verkauft werden. — Wie die Reichsstelle für Gemüse und Obst ferner mitteilt, laufen die Gurkenlieferungen Kärntens, um sie nach Zensurenart zu verarbeiten. Die Reichsgemüsestelle macht dabei darauf aufmerksam, daß die Gurkenabfuhr von Kärnten in nicht luftdicht verschlossenen Behältnissen verboten ist.

Neue Zuckerhöchstpreise.

Der Preis für Zucker im Kleinhandel darf nach einer Bekanntmachung nicht übersteigen: für Weiß- oder gemahlene Kristallzucker 54 Pf., für gemahlene Raffinade, Würfelzucker, Grob- oder 54 Pf. für je ein Pfund. Es dürfen hiernach höchstens abgefordert und gezahlt werden: bei einem Pfundpreis von 52 Pf. für je 875 Gramm

89 Pf. und bei einem Pfundpreis von 54 Pf. für 875 Gramm 41 Pf. für 750 Gramm 81 Pf. für 1125 Gramm 123 Pf. Ein Zuschlag für Verpackung darf nicht berechnet werden.

Reiseverteilung. Von heute bis Montag, den 4. November, wird an diejenigen Kunden, die in den Spezialverteilungsstellen der in den Bezirken der 13., 126. und 209. Postkommunikation und vom Freitag, den 1. November, bis Dienstag, den 5. November, der in den Bezirken der 127., 130., 132., 133., 196., 211., 218., 226. und 229. Postkommunikation gelegenen Geschäften eingetragen sind, pro Kopf 125 Gramm Käse verteilt.

„Bestelle“ Ware wie es in der Markthalle an der Gräbnerstraße. In der Markthalle wurde aus dem Keller ein tüchtig gerollter Gänse und Enten in den Saal eines Schlächters gebracht und unter dem Tisch verkauft. Es waren dann auch folgende mehrere Käuferinnen zur Stelle, an die der Schlächter das begehrte Geflügel abgab. Mit freudiger Ueberraschung bemerkte das eine Arbeiterfrau, die nach „Hottigkeit“ für ihren Mann und ihre beiden Söhne ausgahle. Gatten sie doch an diesem Tage alle drei, weil nicht der geringste Brotkuchen mehr im Hause war, mit trocknen Stücken zur Arbeit gehen lassen müßte. Eine Gans zu kaufen — ja, das war ein Gedanke! Die Gansausgabe ist ein bißchen viel auf einmal, aber wenn man dafür eine „nimmermehr selte Gans kriegt, ist das auch für einen Arbeiterhaushalt ein vorteilhafter Kauf. Die Frau trat an den Schlächterstand heran und sagte: „Ich will eine Gans kaufen. Die Gansausgabe ist ein bißchen viel auf einmal, aber wenn man dafür eine „nimmermehr selte Gans kriegt, ist das auch für einen Arbeiterhaushalt ein vorteilhafter Kauf. Die Frau trat an den Schlächterstand heran und sagte: „Ich will eine Gans kaufen. Die Gansausgabe ist ein bißchen viel auf einmal, aber wenn man dafür eine „nimmermehr selte Gans kriegt, ist das auch für einen Arbeiterhaushalt ein vorteilhafter Kauf.“

Ueber Graf-Lothringen hielt am Dienstag Prof. Dr. Paul Hildebrandt einen Vortrag mit Lichtbildern in der „Krania“. Während er durch die Bilder die Schönheit der früheren Reichsländer, besonders von Sachsen und Reg., vergegenwärtigte, schilderte er überzeugend die wirtschaftliche Verfalltheit des elsass-lothringischen Volks mit dem deutlichen, die nur durch eine verlebte Politik abgezwängt wurde, für deren Wiedergutmachung es nun vielleicht zu spät ist.

Tauernhien-Palast. Am Freitag gelangt ein neuer Film „Wo ein Wille, ist ein Weg“ zur Aufführung. Das Deutsches-Lustspiel „Eine tolle Beise“ und Bilder aus Himmelsland ergingen dem Spielplan.

Der Friedensener Käußerfall, dem, wie wir berichteten, ein Beamter der Optischen Werkstatt R. C. Wozz zum Opfer gefallen war, ist jetzt teilweise aufgeklärt worden. Man hat die gestohlene Summe — 30 000 M. — aufgefunden, und zwar 300 Meter vom Tote in den Schützständen der Jägerfelder Kadettenanstalt, wo der Täter sie in einem Sandhaufen vergraben hatte. Die Ermittlung des Käufers soll angeblich unmittelbar bevorstehen.

Friedrichsfelde. Gemeindevorsteher-Gesamtwahl. Morgen Freitag, nachmittags von 3-6 Uhr, findet eine Erziehung für die dritte Abteilung statt. In die Unabhängigen in ihren Wurzeln den Wurzeln erwidern, als wäre der von ihnen autorisierte Handout ein von uns aufgeschlossener Parteigenosse, so achte jedes Wähler auf den Namen des von uns aufgeschlossenen Genossen, Galswirt.

Freih. Haberland. Die Wahl wird pünktlich 8 Uhr geschlossen.

Charlottenburg. Eine unabhängige sozialdemokratische Fraktion hat sich auch in der hiesigen Stadtverordnetenversammlung gebildet. Sie besteht aus den Herren Döfer, Rild und Jaen.

Kundenliste für Nische. Um die Unzutrefflichkeiten in der Befestigung der Bevölkerung mit Nischen und Ränderwaren zu beheben, die sich aus der völlig unzureichenden Zufuhr ergeben, beabsichtigt der Magistrat die Einführung der Kundenliste. Der Verkauf soll dann so geordnet werden, daß je nach der Menge der eingetroffenen Ware eine entsprechende Anzahl von Nummern der Kundenliste für die Befestigung ausgerechnet werden.

Reinickendorf. Lebensmittel. In den amtlichen Verkaufsstellen gelangt ab 2. November auf den Novemberabschnitt und Abschnitt 7A der Nahrungsmittelkarten A für Kinder im ersten und zweiten Lebensjahre 1 Pfund Weizenmehl und 2 Paete Zwieback (a 40 Pf.) zur Ausgabe.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Groß-Berlin. In der Reihe der Vorträge des Genossen Wollenhuth über die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie findet heute abends 8 Uhr im Jugendheim, Lindenstr. 3, der vierte Vortrag statt:

„Unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes“. Eintrittskarten sind für neue Teilnehmer noch am Saaleingang zu haben.

Uhlenfeld. Der sozialdemokratische Verein nahm in seiner letzten außerordentlichen Mitgliederversammlung zu den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen Stellung. Genosse Gold erhaltete den Tätigkeitsbericht der Stadtverordnetenfraktion. Er behandelte eingehend die reichen Aufgaben, die in den letzten Jahren die Stadtverordneten beauftragt hatten und den Anteil, den die sozialdemokratischen Stadtverordneten an dieser Tätigkeit genommen haben. Diese Aufgaben wurden von der Versammlung zustimmend zur Kenntnis genommen. Als Kandidaten wurden sodann einstimmig aufgestellt: Schlosser Paul Herth, Galswirt Jungklaus, Reichsausschussvorsitzer Käppler, Händler Rieck, Schlosser Gustav Heibbe, Galswirt Redlich. Die Genossen wurden erucht, bei der am 11., 12. und 13. November stattfindenden Wahl dafür zu sorgen, daß diese Kandidaten mit möglichst großer Stimmenzahl gewählt werden.

Lichtenrade, Kreis Teltow. In einer von etwa 200 Männern und Frauen besuchten Versammlung referierte am Sonnabend Genosse Frey Vorträge über: „Die Demokratisierung Deutschlands und der Freiden“. Nach dem mit Beifall aufgenommenen Vortrag wurde einstimmig eine vom Genossen Frey eingebrachte Entschließung angenommen, in der die Parlamentarisierung der Regierung und die Demokratisierung Deutschlands sowie der Eintritt unserer Genossen in die Regierung begrüßt wird. Es wird ferner erwartet, daß alle Genossen einer freibestimmten Kandidaturliste beifügen werden, und die Regierung in ihrem Streben zur Erreichung des hehrerzielten gerechten Friedens so weit geht, als es die Lebensbedingungen Deutschlands nur zugehen.

Wetternachrichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitag mittags. Im Norden teilweise neblig, sonst trocken und größten teils heiter, im Süden vorwiegend neblig, ohne erhebliche Niederschläge in den Tagesstunden ziemlich mild.

Wohnt auf den tschechischen Staat zu verlangen. Die Versammlung nahm einstimmig eine Entschliessung an, in der gegen die Annahmehabsichten durch die Tschechen Protest erhoben wird, und beschliesst bis zur Regelung der Verfassung und Verwaltung Deutsch-Ceslens Reich auf demokratischer Grundlage eine vorläufige Verfassung für Deutsch-Böhmen, worin festgesetzt wird, dass der Provinz Deutsch-Böhmen im Verhältnis zum Staate Deutsch-Ceslens alle Rechte und Pflichten zuzulassen, welche für das Königreich Böhmen im Verhältnis zu den übrigen im Reichsteil vertretene Königreiche und Ländern in der böhmischen Landesordnung und in dem österreichischen Verfassungsgelehrte niedergelegt sind. Die Versammlung aller jetzigen deutschen Reichsratsabgeordneten Böhmens bildet den vorläufigen Landtag der Provinz Deutsch-Böhmen. Der vorläufige Landtag besteht aus seiner Mitte einen Landesauschuss und eine Landesregierung mit dem Landeshauptmann an der Spitze. Die Verfassung sieht die Errichtung einer Volkswacht für Deutsch-Böhmen vor. Zum Landeshauptmann wird Pader gewählt. Der Landeshauptmann wird beauftragt, sich unverzüglich mit dem deutsch-österreichischen Völkungsausschuss in Verbindung zu setzen, um die Verwaltungsgeschäfte der bisherigen Behörden der böhmischen Landesverwaltungscommission für das Gebiet Deutsch-Böhmen zu übernehmen. Bezüglich der gemischt-nationalen Gemeinden des Landes möge der Landeshauptmann sich über die Errichtung einer besonderen Verwaltung daselbst bis zur endgültigen Ordnung der Verhältnisse mit den Vertretern des tschechischen Reiches ins Einvernehmen setzen. Der Landeshauptmann wird ermächtigt, ein Darlehen bis zu 100 Millionen Kronen aufzunehmen.

Eine schamhafte Irreführung.

Das R. A. Telegraphen-Korr.-Bureau meldet: Gegenüber den von verschiedenen inländischen Blättern gebrauchten Mitteilungen, von denen sich eine auf eine Unterredung mit dem hiesigen deutschen Botschafter bezieht, sind wir ermächtigt, nachstehendes festzustellen: Die kaiserliche deutsche Regierung war durch wiederholte Mitteilungen der maßgebenden Stellen Oesterreich-Ungarns seit längerem in Kenntnis, dass die Monarchie den Krieg höchstens bis zu einem bestimmten Zeitpunkt werde fortführen können. Unmittelbar nach dem Ausbruch des Grafen Andrassy, am 26. Oktober, hat der Kaiser dem Deutschen Kaiser in einem freundschaftlichen Telegramm in ungewöhnlicher Weise mitgeteilt, dass Oesterreich-Ungarn nunmehr beabsichtigt sei, den entscheidenden Schritt zu unternehmen. In einer Unterredung zwischen dem Minister des Reiches und dem kaiserlich deutschen Botschafter in Wien am gleichen Tage war letzterer gleichfalls auf den bevorstehenden Schritt der Monarchie vorbereitet worden. Nach der Abfindung der Note an den Präsidenten der Vereinigten Staaten fand am 27. Oktober eine hierauf bezügliche Unterredung zwischen dem Grafen Andrassy und dem Grafen Wedel statt.

Dazu bemerkt W. A.: Durch das Friedensangebot an Präsident Wilson war dem Wunsche der österreichisch-ungarischen Regierung auf einen baldigen Friedensschluss in vollem Umfange Rechnung getragen worden. Der Schwerpunkt der Demarche des Grafen Andrassy aber liegt in dem Angebot eines „Separatfriedens“. Das ein solches Angebot „innerhalb 24 Stunden“ beabsichtigt sei, hat Kaiser Karl dem Deutschen Kaiser am 28. Oktober als einen „unabänderlichen Entschluss“ mitgeteilt. Die kaiserliche Regierung wurde damit vor eine vollendet, unabänderliche Aufgabe gestellt, ohne dass ihr die Möglichkeit geboten worden war, dazu Stellung zu nehmen. Die Darstellung des R. A. Telegraphen-Korr.-Bureau muss daher als irreführend zurückgewiesen werden.

Die „Neue Freie Presse“ behauptet, dass die R. A. Regierung über die Antwortnote an Wilson, welche die Vereinstätigkeit zum Sonderfrieden anspricht, mit Deutschland kein Einvernehmen geschlossen hat, und sagt: Die Note hat die Lage Deutschlands in den mit den Feinden schwebenden Verhandlungen geändert. Diese Politik der gemeinsamen Regierung mühe einen Rückschlag auf Deutschland auszuüben. Die gemeinsame Regierung hätte daher die Rücksicht haben müssen, Deutschland in einer Zeit von dieser Art nicht zu verhandeln. In welcher es die Möglichkeit gehabt hätte, sich den veränderten Verhältnissen militärisch und politisch anzupassen. Das waren wir den Verbündeten, das sind wir unserem eigenen Ansehen und unserem eigenen Worte unter allen Verhältnissen schuldig.

Die ersten Regierungshandlungen im tschechischen Staat.

Das tschechoslowakische Pressbureau meldet: In der heutigen Sitzung des Nationalauschusses berichtete der Vorsitzende des Ausschusses über die gestrigen Ereignisse und über die Verhandlungen mit den politischen, Gerichts-, Eisenbahn- und Postbehörden sowie über die Maßnahmen des Nationalrates zur Sicherung einer regelmäßigen Amtstätigkeit dieser Behörden. Striebern berichtete über Verhandlungen mit den Militär- und Polizeibehörden. Es sei über die nationale Verteidigung und die gesamte militärische Lage. Auf Antrag von Radvanek wurde ein Ausschuss für Landesverteidigung eingesetzt.

Das tschechoslowakische Pressbureau veröffentlicht ferner einen Aufruf an das tschechische Volk, am morgigen Tage überall die Arbeit bedingungslos wieder aufzunehmen. Ein weiterer Aufruf an das Eisenbahn- und Postpersonal ermahnt, Ruhe und Ordnung sowie die Sicherheit im Eisenbahn- und Postverkehr zu bewahren und die Opferwilligkeit und Leistungsfähigkeit, die sich im Kriege so glänzend bewährt habe, nun auch dem neuen Staate zu widmen.

Zwischen der mährischen Staatshaterei und dem tschechoslowakischen Nationalauschuss als Repräsentanten der tschechoslowakischen nationalen Oberhoheit wurde ein Übereinkommen über die gemeinsame Führung der Verwaltung getroffen. Zur Ausführung der Geschäfte der Staatshaterei wurde vom Nationalauschuss eine Verwaltungskommission eingesetzt, in der den Deutschen eine angemessene Vertretung eingeräumt wurde. Hinsichtlich der Personalverhältnisse bleibt die bisherige Verwaltung unverändert.

Der Statthalter Freiherr von Heintz hat einen Urlaub angetreten.

Das tschechoslowakische Pressbureau teilt die Einsetzung einer provisorischen Kommission für auswärtige Angelegenheiten mit, die den Vertretern der fremden Mächte im Bereiche des tschechoslowakischen Staates die Übernahme der Leitung der öffentlichen Angelegenheiten durch den Nationalauschuss notifiziert.

Die Uebergabe der Regierungsgewalt.

Wie die Wiener Blätter melden, vollzog sich die Uebergabe der staatlichen Behörden an die tschechoslowakischen Nationalauschüsse in Böhmen und Mähren in allen Resorcen ohne Zwischenfall und ohne Meinungen. Die Friedensbedingungen dauern fort, ohne dass es zu einem Zwischenfall gekommen wäre, auch der Streik der Arbeiterklasse in Prag vor der Feier der Neuordnung des tschechischen Staates verlief ruhig. Am Mittwoch ist die Arbeit überall wieder aufgenommen.

Nach eine Volkstede.

Der „Continental Times“ wird aus Wien gemeldet: Vor dem Ministerium des Reiches auf dem Ballplatz in Wien fand eine von der radikal-demokratischen Partei veranstaltete Massen demonstration statt. Nach dem Abgange des Senats, der zunächst zu den Massen über die politische Situation sprach, trat der Minister des Reiches Graf Andrassy an einer Ansprache das Wort. Er führte aus: Meine verehrten Wiener! Dank, dass Ihr erdienten feid! Ich kann und will in schicksalsschwerer Stunde nicht lange Reden halten. Ich verspreche Euch einen den Umständen angemessenen guten, vor allem schnellen Frieden. Es lebe der Friedensschluss! Es lebe das deutsche Volk! Es lebe die Wiener!

Von anderer Seite wird gemeldet, dass bei dieser Kundgebung Polizisten die Hauptrolle gespielt haben.

Die deutsche Nationalversammlung über Habsburg Treubruch.

Wien, 20. Oktober. Die Nationalversammlung beriet zunächst die an den Präsidenten Wilson zu erscheidende Note. Sämtliche Redner protestierten gegen die letzte Note des Reiches des Reiches Graf Andrassy an Wilson, wodurch die Gefahr eines unheilbaren Risses zwischen Deutschösterreich und Deutschland entstand. Sie wandten sich dagegen, dass diese Note ohne Einvernehmen mit der deutsch-österreichischen Nationalversammlung abgefasst wurde, und protestierte gegen die beabsichtigte Annexion deutscher Gebiete durch den tschechoslowakischen Staat. Der Sozialdemokrat Ellenbogen begründete den Abfall von Deutschland als schmachvollen Treubruch, die einzige Sicherung des deutschen Volkes gegen die Preisgabe seiner Interessen sei die Konstituierung des deutschösterreichischen Staates als Republik. Abg. Wolff betonte die Notwendigkeit, dass die Nationalversammlung sich die Exekutive übernehme. Eine Entschliessung besagt: Die provisorische Nationalversammlung Deutschösterreichs protestiert gegen das Vorgehen des Reiches des Reiches, der die Note an Wilson verfasst und abgefasst hat, ohne mit den Vertretern der deutschen Regierung in Oesterreich das Einvernehmen gepflogen zu haben, um so mehr, als die Nation, der der gegenwärtige Minister des Reiches angehört, jede Gemeinsamkeit ausdrücklich ablehnt. Die Nationalversammlung erklärt, dass einzig und allein sie und ihre Organe befugt sind, das deutsch-österreichische Volk in der äußeren Politik, insbesondere bei den Friedensverhandlungen, zu vertreten. Die Nationalversammlung nahm daraufhin eine kurze Debatte einstimmig den provisorischen Verfassungsentwurf für Deutschösterreich an.

Im Laufe der Debatte erklärte der Berichterstatter, Sozialdemokrat Dr. Kerner: Die Frage der Dynastie sei dem Völkungsausschuss absichtlich nicht zur Erörterung gebracht worden. Der Völkungsausschuss sei der Anschauung, dass die Dynastie, der Hofstaat und alles, was monarchisch dazu gehöre, zu jenen Angelegenheiten gehöre, die allen anderen Nationen mit uns gemeinsam sind. Die Entscheidung über diese Gemeinsamkeiten liege nicht in der Hand des deutschösterreichischen Volkes allein, sondern aller Völker.

Der deutschösterreichische Abgeordnete Gummer (Unabhängigkeitspartei) beantragte, sich an das Deutsche Reich zum Schutz des deutschösterreichischen Staates zu wenden, sowie dass von heute ab alle Angehörigen der Wehrmacht, welche aus dem Gebiete des deutschösterreichischen Staates kommen oder sich als seine Bürger bekennen, ausschließlich der Befehlsgewalt des deutschösterreichischen Staates und seiner Beauftragten unterstellt werden. Der erste Antrag wird als nicht zum Gegenstand der Verhandlung als selbständiger Gegenstand zurückgewiesen. Der zweite Antrag wird dem Völkungsausschuss zugewiesen. Sodann werden die Präsidenten und die Mitglieder des Staatsrats und deren Erfahrmänner, sowie der Staatsgerichtshof gewählt. Zu Präsidenten werden gewählt Dr. Dinghofer (deutschösterreichisch), Hauser (österreichisch) und Seig (Sozialdemokrat).

Im Laufe der Debatte machte Abgeordneter Freiherr Mittelung von der Konstituierung der deutschösterreichischen Provinz Sudetenland, bestehend aus Deutsch-Nordmähren und Deutsch-Rudolfsstein.

Die nächste Sitzung wird im schriftlichen Wege bekanntgegeben werden.

Bildung der Konstituante der Oesterreichisch-Rumänen.

Am 28. Oktober fand die Bildung der Konstituante der Oesterreichisch-Rumänen statt. In ihren Leitungen fordert die Konstituante Vereinigung der Bukowina mit Siebenbürgen und den rumänischen Territorien Ungarns zu einem unabhängigen Staate, wobei, wenn es auch nicht ausdrücklich erklärt wird, für diesen unabhängigen Staat als Rahmen die österreichisch-ungarische Monarchie gedacht wird. Die Konstituante verlangt die Vertretung bei der Friedenskonferenz durch einen eigenen Nationalrat und räumt niemand das Recht ein, über das rumänische Volk zu beschließen oder zu verhandeln.

Caillaux vor dem Staatsgerichtshof.

Paris, 20. Oktober. (Havas.) Der Senat trat am Dienstag nachmittag als Staatsgerichtshof unter Vorsitz von Dubouf zur Verhandlung der Anklage gegen Caillaux, Comby, Loustalot zusammen. Zuhörer hatten sich nur wenig eingefunden. 183 Senatoren waren anwesend, 54 Senatoren fehlten. Der Generalstaatsanwalt Bedouce verlas die Anklageurkunde, in der es heißt, gegen Caillaux, Loustalot und Comby sei die Verduldigung zu erheben, seit Beginn des Krieges teils in Frankreich, teils im Auslande die äußere Sicherheit des Staates durch allerlei Vandalismen und Einverstandens mit dem Feinde gefährdet zu haben, die darauf abzielten, seinen Unternehmungen gegen Frankreich oder seine Alliierten dadurch Vorwand zu leisten, dass sie die Pläne der feindlichen Armeen begünstigten. Der Staatsanwalt forderte den Staatsgerichtshof auf, gegen die genannten Angeklagten und eventuell gegen alle anderen, das Unterjuchungsverbrechen einzuweisen.

Weitere Soldatennunnen in Holland. Amsterdam, 20. Okt. „Allgemeines Handelsblatt“ meldet, dass es gestern in Missionen zu einer ersten Soldatendemonstration kam, wobei an einigen Gebäuden die Fenstersteine eingeschlagen wurden. Der Polizei und einer britischen Militärpatrouille gelang es, die Ordnung wiederherzustellen.

Eine konservative Kundgebung.

Die konservative Reichstagsfraktion veröffentlicht schon wieder eine Kundgebung an den Reichskanzler, in welcher der Wille zum Ausdruck kommt, den zu erwartenden Frieden der Vernichtung nicht ohne den äußersten Kampf auf sich zu nehmen. Der Reichskanzler wird ersucht, die jetzt schwebenden Verhandlungen abzubrechen, wenn in der bevorstehenden Antwort der feindlichen Mächte Bedingungen gestellt werden, die eine völlige Unterwerfung und Beschlusmachung bedeuten. Die Regierung solle die

Belmat zum letzten nationalen Verteidigungskampf aufrufen, der Kaiser solle sich an die Spitze des Aufrufes und des Verteidigungskampfes stellen.

Die letzte Forderung betweilt nicht gerade, dass die Konservativen die Situation richtig erfasst haben.

Neuordnung in den Bundesstaaten.

Parlamentarische Minister in Sachsen.

Der sächsische Staatsrat, dem auch zwei Sozialdemokraten angehören, hat Beschlüsse gefasst, die eine Grundlage für die Ernennung parlamentarischer Minister bilden sollen. Nach entsprechender Abänderung der Verfassung werden vier Parlamentarier als Minister ohne Portefeuille in das Ministerium eintreten. Die Mandate der Neuerannten bleiben in Kraft. Dagegen beziehen die Minister ohne Portefeuille kein festes Gehalt, sondern nur eine Aufwandsentschädigung. Auch die Staatsministereigenschaft fehlt ihnen. Zu Ministern ohne Portefeuille werden von den Nationalabgeordneten der Abg. Rißler, von den Fortschrittler der Abg. Günther, von den Sozialdemokraten die Abgeordneten Fräßdorf und Heldt vorgeschlagen. Die Ernennung soll in nächster Zeit erfolgen.

Bayern.

Zur Neuordnung in Bayern erfährt die „Münchener Zeitung“ noch, dass in das neu zu bildende Ministerium vom Könige die bisherigen Minister des Reiches, des Innern, des Kultus und des Krieges wieder berufen werden. Justiz, Verkehr und Finanzen sollen mit Persönlichkeiten aus den Parteien des Parlaments besetzt und gleichfalls aus ihnen noch drei Minister ohne Portefeuille hinzugenommen werden.

Wahlreform in Sachsen-Weimar.

Vor dem jetzt wieder zusammengetretenen Landtag gab der Staatsminister Dr. Nothke die Erklärung ab, dass die Regierung auf Grund eines Landtagsbeschlusses in eine Prüfung darüber eingetreten sei, ob das allgemeine gleiche, geheime und direkte Wahlverfahren für die Landtags- und Bezirksauswahlgewahl sowie für die Gemeindegewahl einzuführen sei. Die Regierung werde nach dem Ergebnis der Prüfung dem Landtag eine entsprechende Vorlage zugehen lassen. — Diese recht unsichere Erklärung veranlasste die sozialdemokratische Landtagsfraktion sowie auch die Fortschrittler, Anträge auf Einsetzung eines Verfassungsausschusses zu stellen, der sich neben der Regierung mit der Frage der Verfassungsänderung und der Einführung des demokratischen Wahlrechts befassen soll.

Saale-Wahlreform in Bremen.

Nachdem die im Freistaat Bremen aus Senats- und Bürgerlichkeitsmitgliedern zusammengesetzte Verfassungskommission anderthalb Jahre lang die Wahlreform beschlept hat, hat sie jetzt mit allen gegen die Stimme des einzigen ihr angehörenden Sozialdemokraten eine Vorlage ausstatten gebracht. Während in Bremen die Bürgerchaft jetzt aus 82 Vertretern der privilegierten Klassen und 68 anderen Vertretern besteht, die auf Grund des gleichen Wahlrechts gewählt werden, soll nach der neuen Vorlage die Zahl der ersteren um 44 auf 38 vermindert, die der letzteren um 44 auf 112 erhöht werden. Es versteht sich, dass diese Reform, die noch immer einen erheblichen Rest von Privilegien bestehen lässt, nicht die Billigung uneres Vertreters finden konnte.

Ungünstiges Entgegenkommen in Sachsen-Altenburg.

Im Herzogtum Sachsen-Altenburg bestand bisher ein Wahlrecht, das jetzt reformiert werden, aber die Pläne, die der Minister v. Wuffow am 20. Oktober in der Kommission entwickelte, enttäuschten durchaus. Danach soll in 23 Wahlkreisen zwar nach dem allgemeinen gleichen Wahlrecht gewählt werden, aber dazu sollen 10 Abgeordnete auf Grund eines herkömmlichen Wahlrechts kommen. Außerdem steht die Vorlage für Verfassungsänderungen eine qualifizierte Mehrheit vor. Unter diesen Umständen geben unsere in der Kommission sitzenden Genossen eine Erklärung des Inhalts ab, dass sie es ablehnen, noch weiter mit dem Staatsminister zu verhandeln und einen Wechsel im Staatsministerium fordern. Daraus verließen sie die Sitzung und liehen die Kampfkommision unter sich.

Unabhängige und Polen.

Die unabhängigen Sozialdemokraten Haase, Ledebour und Oskar Cohn haben bekanntlich im Reichstag gegen die übertriebenen altpolnischen Ansprüche auf deutsches Gebiet, insbesondere die Weichselniederung mit Danzig, lebhaften Einspruch erhoben. Eine Zeitschrift aus dem Reichstag an einige Parteimitglieder macht indessen darauf aufmerksam, dass die Unabhängigen Seher, Boghert und Jarckel Ledebour durch Zwischenrufe störten und erklärten, dieser Protest sei nicht in Uebereinstimmung mit dem Standpunkt der Fraktion. Außerdem ist bekannt geworden, dass der unabhängige sozialdemokratische Reichstagskandidat Eisner in München sich für die Preisgabe Danzigs an Polen ausgesprochen hat.

Es wäre gut, wenn die unabhängige Sozialdemokratie nicht in diesen wie in allen wichtigen Fragen Unklarheit über ihre Stellung liehe, sondern authentisch sagt, was sie will.

Reichstagsberufwahl in Stralsund I. Wie die „Osee-Zeitung“ meldet, liegt der fortschrittliche Reichstagsabgeordnete Pastor Behm sein Mandat aus Gesundheitsrücksichten nieder. Als sein Nachfolger ist der Redakteur der „Hülse“, Hesse, aufgestellt.

Das amtliche Wahlergebnis von Berlin I. Der Wahlkommissar für den Reichstagswahlkreis Berlin I. veröffentlicht das Ergebnis der gestrigen Stichwahl. Von 12.405 Wahlberechtigten stimmten am 18. Oktober für Beh. Justizrat Maximilian Kempner 2001, Stadt-Vorst. Eick, Hugo Weimann 223. Gewählt ist somit Beh. Justizrat Kempner.

Was schuldet ihr der neuen Zeit? Dies Thema, als Aufruf an die Arbeiter des Volkes und an die Jugend, soll in einer öffentlichen Versammlung am Freitag, dem 1. November, in den Prädikalien des Westens, Epiphaniusstr. 8, behandelt werden. Redner werden sein: die Reichstagsabgeordneten Wollgang Feine, Dr. Fr. Raumann und Herr Dr. Gustav Wankeln. Nach den Vorträgen ist eine Besprechung in Aussicht genommen.

Kärntner Bahnschaff. Wie die „S. A.“ meldet, wird Unterstaatssekretär Wankeln, der zeitweilig die Leitung der Reichsbahn übernommen hat, von diesem Amt in den nächsten Tagen wieder zurücktreten. Als sein Nachfolger ist Oberminister Simon, bisher Vortragender Rat in der Reichsbahnverwaltung des k. u. k. Reiches, in Aussicht genommen.

Verstärkt? Die W. A. von gut unterrichteter Seite vernimmt, ist die Nachricht, dass der Landtag am 12. November zusammentreten soll, verfrüht, und es dürfte mit einem späteren Zusammentritt zu rechnen sein. — Ist dieser Zusammentritt nicht am Ende verspätet?